

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 56 846 ppbn d



Inhalt

Günther Einert MdB zur
Hetzkampagne der Union
gegen Nordrhein-Westfalen:
Schaden für das föderative
System. Seite 1

Dr. Renate Lepsius MdB
zur Diskussion zum „Haus
der Geschichte“: Plural
oder museal? Seite 3

Otto Reschke MdB zum
Wiederaufbau der SPD
vor 40 Jahren in Essen:
Den Neuanfang nicht ver-
gessen. Seite 5

41. Jahrgang / 16

23. Januar 1986

Schaden für das föderative System

Zur Hetzkampagne der Union gegen Nordrhein-Westfalen

Von Günther Einert
Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen

Seit etwa einem halben Jahr wird von unionsregierten Ländern und maßgeblichen Politikern aus CDU und CSU eine Hetz- und Entsolidarisierungskampagne gegen Nordrhein-Westfalen geführt, die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel ist. In Bayern läßt die CSU Plakate kleben, die suggerieren: Wir sind besser als Nordrhein-Westfalen. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht spricht gar von den Absteigerländern Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen und den Aufsteigern Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Das Ziel ist klar: Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, der für die Union sonst kaum angreifbar ist, soll über die Schmutzkampagne gegen Nordrhein-Westfalen in seinem öffentlichen Ansehen getroffen werden. Auch in der Bedenkenlosigkeit der Mittelwahl für die politische Auseinandersetzung zeigt sich die neue Moral der Wende auf eindrucksvolle Weise.

Der Kampagne ist um so schwerer zu begegnen, weil diejenigen, die sie auslösten und ihre bereitwilligen journalistischen Helfer rationalen Argumenten gar nicht zugänglich sind. Trotzdem sind es die Vorwürfe gegen Nordrhein-Westfalen wert, hinterfragt zu werden: Bei der Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland war klar, daß die einzelnen Regionen erhebliche Entwicklungsunterschiede aufwiesen. Nicht umsonst spricht deshalb das Grundgesetz ausdrücklich von der Notwendigkeit, in den Ländern gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen. Zu diesem Zweck wurde unter anderem horizontaler und vertikaler Finanzausgleich, die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen, Zonenrandförderung und so weiter geschaffen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/2/7
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 56 846 ppbn d



Die beabsichtigten Anpassungen sind partiell gelungen; Länder wie Bayern und Rheinland-Pfalz konnten Anschluß gewinnen, andere, zum Beispiel Niedersachsen und Schleswig-Holstein, hinken noch heute hinterher. Zwangsläufig gab es bei diesem Prozeß in Ländern mit geringem Entwicklungsniveau stärkere Zuwächse als bei den wohlhabenden Nachbarn. So verringerte sich zum Beispiel Nordrhein-Westfalens Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Flächenländer von 1970 bis 1984 von 32,1 auf 29,7 Prozent. Allerdings ging im gleichen Zeitraum auch der Bevölkerungsanteil von 30,2 auf 29,4 Prozent zurück, so daß immer noch ein „Überschuß“ verbleibt. Bayern bringt es dagegen trotz verbaler Kraftmeierei und viel Eigenlob bislang nur auf ausgeglichene Werte von je 19,2 Prozent Anteilen am Bruttoinlandsprodukt der Flächenländer und der Bevölkerung.

Außerdem wird schamhaft verschwiegen, daß das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Bayern auch anno 1984 noch um einige Hundert Mark unter dem in Nordrhein-Westfalen liegt. In Niedersachsen hat sich sogar trotz massivster Subventionen an dem schon 1970 festgestellten Mißverhältnis von 11,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei 12,6 Prozent Bevölkerungsanteil überhaupt nichts geändert. Wären nicht die Ölgewinne in den vergangenen Jahren so reichlich gesprudelt, die Bilanz nach neun Jahren Albrecht-Regierung müßte noch verheerender ausfallen.

Mit welch unqualifizierten Argumenten die gesamte Wachstumsdiskussion gegen Nordrhein-Westfalen geführt wird, zeigen auch die angestellten Vergleiche bei Produktivitätsniveau und Produktivitätssteigerung. Uns wird permanent vorgeworfen, in Nordrhein-Westfalen habe es geringere Produktivitätssteigerungen gegeben. Das ist richtig. Wenn nämlich ein Land bereits eine Spitzenstellung im Produktivitätsniveau hat, kann es nach allen Gesetzen der Logik nur noch langsamere Fortschritte machen als die Kleinkinder. Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg belegen in der Skala des Produktivitätsniveaus die Ränge eins, zwei und drei; Bayern und Niedersachsen dagegen nur siebte und achte Plätze. Beim Produktivitätswachstum ist es genau umgekehrt: Dort führen die Schlußlichter des Produktivitätsniveaus, Bayern und Niedersachsen, mit den Plätzen zwei und drei vor Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen mit fünften, sechsten und achten Rängen.

Auch ein anderes Indiz belegt, daß die Diskussion um das angebliche Absteigerland Nordrhein-Westfalen absurd ist: Von dem Zuwachs ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 4,3 Milliarden DM zwischen 1982 und 1984 entfallen zwei Milliarden DM oder 46 Prozent des gesamten Zuwachses auf das bevölkerungsreichste Bundesland, Nordrhein-Westfalens Anteil ist in diesem Zeitraum von 22,9 auf 24,2 Prozent gestiegen. Bayern rangiert dagegen mit einem Zuwachs von 0,1 auf 8,4 Prozent nicht eben im vordersten Feld. Und auch Niedersachsens Anteil von 4,1 Prozent ist nicht berauschend.

Auch der Gehalt anderer Vorwürfe gegen uns ist von ähnlicher Qualität. So weiß jeder Kenner der Materie, daß der Rückgang der Bedeutung von Kohle und Stahl und damit verbundene Beschäftigungsprobleme nicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung angelastet werden können. Das alles ficht die Diffamierungsstrategen jedoch nicht an. Sie beten weiter ihre Sprüche herunter und hoffen darauf, durch ständige Wiederholung Wirkung zu erzielen. Die Union nimmt auch keine Rücksicht darauf, daß mit der Entsolidarisierung der Länder der Föderalismus in der Bundesrepublik entscheidend geschwächt wird. Offensichtlich stellt sich dort niemand die Frage, ob die Beschädigung der Grundlage der Länderzusammenarbeit reparabel sein wird. Bei uns in Nordrhein-Westfalen wäre es jedenfalls vor einigen Jahren, als wir Niedersachsen und Bayern noch mit Milliardenbeträgen im Finanzausgleich subventioniert haben, undenkbar gewesen, von den Armenhäusern der Republik zu sprechen. (-/23.1.1986/rs/ks)

+ + +



Plural oder museal?

Gedanken zum „Haus der Geschichte“

Von Dr. Renate Lepsius MdB

„Erst reichlich spät sind die Oppositionsparteien wachgeworden“ - so urteilte eine überregionale Zeitung in einem kritischen Artikel über die Vorhaben der Bundesregierung in Sachen „Haus der Geschichte“ in Bonn und „Deutsches Historisches Museum“ in Berlin.

Richtig ist allerdings, daß sich die SPD-Bundestagsfraktion seit über zwei Jahren mit den Regierungsplänen zu den beiden Geschichtsmuseen herumschlägt. Unser politisches Anliegen bei unseren Initiativen war und ist die Verhinderung von zwei „Regierungsmuseen“. Wir haben immer wieder betont, daß ein Museum zur deutschen Geschichte nicht auf dem Weg der abgeschotteten Planung durch eine Regierung vorbereitet werden kann, sondern im Interesse einer pluralen Ausgestaltung öffentlich diskutiert werden muß.

Zur Erinnerung: Bereits im September 1983 hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Großen Anfrage zur Kulturpolitik Fragen zu der vom Bundeskanzler so angekündigten „Sammlung zur deutschen Geschichte“ gestellt. Allerdings mußten wir über ein Jahr auf die Beantwortung warten, die wir schließlich erzwungen haben.

In der Zwischenzeit hatte der Obmann für Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion, Freimut Duve, in einer Stellungnahme zu dem von der Regierung in Auftrag gegebenen Professorengutachten bereits im Februar 1984 die Forderung aufgestellt, daß Fachleute und verschiedene gesellschaftliche Gruppen an Planung und Ausführung des Museumskonzepts beteiligt werden müssen.

Dieses Anliegen wurde in der von der SPD-Bundestagsfraktion am 9. Mai 1984 veranstalteten Anhörung zum „Haus der Geschichte“ bestätigt, mit der die Sozialdemokraten die öffentliche Diskussion dieses Projektes eröffnet haben. Namhafte Historiker und Vertreter von Verbänden trugen ihre Bedenken gegen das Konzept des Innenministeriums vor. Es wurden grundsätzliche Zweifel an der Mög-



lichkeit der angemessenen Darstellung der jüngeren deutschen Geschichte in einem solchen Haus angemeldet. Ergebnis der Anhörung: Das Thema ist kontrovers! Um so wichtiger erschien nun die weitere öffentliche Diskussion und die personelle Erweiterung des Vorbereitungsgremiums.

Mit Hilfe eines Entschließungsantrags zu der (nun endlich) angesetzten Kulturdebatte versuchte die SPD-Fraktion die Planung des Geschichtsmuseums auf eine breitere politische Basis zu stellen. Um bei den inhaltlichen Vorbereitungen einen „größtmöglichen Konsensus“ zu erreichen, schlug sie vor, daß der Bundespräsident unter Einbeziehung der Fraktionen des Deutschen Bundestages einen Gründungsausschuß beruft. Dieser Antrag liegt noch immer im Innenausschuß auf Eis.

Derweil hat das Bundeskabinett im Juli 1985 die Errichtung des „Hauses der Geschichte“ beschlossen. Ungeachtet der inhaltlichen Bedenken gegen das Gutachten der vier Professoren wurden diese zu einem vorläufigen Gründungsdirektorium bestellt, unter dessen Leitung jetzt die weitere Vorbereitung läuft. Der Forderung der Opposition nach einer personellen Erweiterung und damit einer pluraleren Gestaltung wurde nicht Rechnung getragen.

Auf meine diversen im Laufe des letzten Jahres an die Bundesregierung gerichteten Fragen zum „Haus der Geschichte“ habe ich nichtssagende ausweichende Antworten erhalten.

Mein Fazit: Die Bundesregierung verfolgt ihr Konzept, ohne die wiederholt vorgebrachten Bedenken aus Fachwelt, Öffentlichkeit und parlamentarischer Opposition einzubeziehen. Ich habe weiterhin den Verdacht, daß hier die Geschichtsauffassung der Regierungsmehrheit umgesetzt werden soll. Dies gilt auch für das Berliner Museum. Aber ich hoffe nach wie vor, daß wir eine gemeinsame Entschließung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages erreichen können, in der die beiden Projekte in die gemeinsame Verantwortung von Parlament, Regierung und Bundespräsident gestellt werden. Die Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985 wäre hierfür die geeignete geistige Grundlage. (-/23.1.1986/rs/ks)

+ + +



Den Neu-Anfang nicht vergessen

Eine Erinnerung an den Wiederaufbau der SPD vor 40 Jahren in Essen

Von Otto Reschke MdB

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft und dem Ende des Zweiten Weltkrieges fanden sich sofort Frauen und Männer der 1933 verbotenen Parteien zusammen, um einen Neubeginn vorzubereiten. Für die SPD waren in den Städten oder was davon übrig war, schon viele vor dem Einzug der Alliierten unterwegs, um die überlebenden Freunde zu suchen. Sie fanden auch einige, an viele blieb nur die Erinnerung wach. Verfolgung, Konzentrationslager, Strafbataillon, Krieg und Zerstörung der Städte haben viele Opfer gefordert.

Im Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation befand sich das öffentliche Leben in allen Besatzungszonen in voller Auflösung. Die Alliierten Truppen übernahmen die Verwaltung. Parteien und Gewerkschaften existierten nicht mehr und wurden auch vorerst nicht zugelassen.

Das Jahrbuch der SPD von 1946 vermerkt: „Die politische Betätigung war grundsätzlich allen Deutschen verboten, auch denen, die zwölf Jahre lang wegen ihrer bewiesenen Gegnerschaft zur Diktatur nur eine Sehnsucht hatten: wieder in der freien Luft der Demokratie atmen zu können und alle zur Rechenschaft zu ziehen, die nicht nur ihnen persönlich Gewalt antaten, sondern auch mit dazu beigetragen hatten, daß der Nazikrieg erst Europa und dann Deutschland zerstören konnte.“

Trotzdem es noch keine gesetzliche Grundlage und Genehmigung der Siegermächte gab, schlossen sich die Kreise der entschiedenen Demokraten unter der Initiative einzelner, politisch aktiver Frauen und Männer zu Gruppen zusammen, die auch bald untereinander Fühlung suchten. Als am 1. September 1945 die Bildung von örtlichen Gewerkschaften und am 15. September die Bildung von örtlichen Parteien und ihr Zusammenschluß auf Kreisebene gestattet wurden, zählten die Mitglieder der SPD bereits nach Tausenden und der innere Zusammenhang der einzelnen Gruppierungen der Partei und ihre Zusammenarbeit waren weitgehend wiederhergestellt.

Bei der Reorganisation der Partei im Bezirk Niederrhein spielten ehemalige Widerstandskämpfer eine hervorragende Rolle. Sie schafften es, zwischen April und Juni 1945 die noch lebenden ehemaligen Parteimitglieder zu sammeln. Der organisatorische Aufbau endete nach Zulassung der Parteien mit Beginn der ersten zentralen Parteikonferenz in den westlichen Besatzungszonen am 5. Oktober 1945. In einem Schreiben vom 25. September 1945 erklärte Ernst Gnos, Sekretär des Bezirks Niederrhein und späterer Vorsitzender, daß „innerhalb des Bezirks in einer ganzen Reihe von Orten die Anträge auf Zulassung der Partei gestellt worden“ seien.



Als Beispiel für die vielen Wiedergründungen der sozialdemokratischen Ortsvereine und Unterbezirke im Bezirk Niederrhein sei der Antrag der Essener Sozialdemokraten an die Militärregierung vom 16. August 1945, noch vor der Zulassung von Gründungen, genannt. Ernst Gnosz berichtete auf der zentralen Parteikonferenz im Bezirk Niederrhein, daß erst vor wenigen Tagen in den Städten Duisburg, Remscheid, Solingen und Essen die Parteien Anträge gestellt haben und sich in Kürze konstituieren werden. Vorläufige Vorstände wurden berufen, die die Ortsvereine konstituierten, um Delegiertenwahlen vorzubereiten, damit unmittelbar nach der Genehmigung der Militärregierung die ersten Unterbezirksparteitage stattfinden konnten, um die ersten Vorstände nach dem Krieg wieder zu wählen.

Auf dem ersten Bezirksparteitag der SPD im Bezirk Niederrhein, der in Anwesenheit von Kurt Schumacher am 1. Dezember 1945 in Düsseldorf stattfand, wurde ausführlich über den Aufbau der Partei im Bezirk berichtet, ein Organisationsstatut verabschiedet, Ernst Gnosz wurde zum Ersten Vorsitzenden und Peter Berten zu seinem Stellvertreter gewählt, Beisitzer wurden Lore Agnes, Düsseldorf, Hermann Runge, Essen, Wilhelm Nieswandt, Essen und Alfred Dobbert, Wuppertal. Danach wurde die Konstituierung der Unterbezirke konsequent durchgesetzt.

Der SPD-Unterbezirk Essen wurde am 27. Januar 1946 im Lichtspieltheater „Atrium“ an der Kettwiger Straße in einer Feierstunde wieder gegründet. Ein alter Genosse übergab die über die böse Zeit hinweg gerettete alte Parteifahne dem Vertreter der damals jungen Generation, Karl Bergmann, ehemaliger MdB. Die Partei wurde schnell lebendig. Ende 1946 hatte die Partei im Bezirk Niederrhein wieder über 44.000 Mitglieder. „Und so fingen wir 1945 wieder an“, schrieb Wilhelm Nieswandt 1952 in einer Broschüre der SPD Essen. So fingen sie, die Genossinnen und Genossen 1945 wieder an, die Gnosz, die Dobberts, die Runge und viele andere.

Man kann es noch hören in Gesprächen und es ist in Bruchstücken auch nachlesbar, wie es angefangen hat. Die Anträge an die Militärregierung und die Programme der Stunde Null sprechen von Freiheit, von Demokratie, von vertrauensvoller Zusammenarbeit aller Völker zum Wohle der gesamten Menschheit, sie widersprechen jeglicher Gewalt. Der Mut dieser Genossinnen und Genossen nach zwölfjähriger Unterdrückung darf sie nicht vergessen machen.

Der Unterbezirk Essen wird am 27. Januar 1986 daran denken.

(-/23.1.1986/rs/ks)

+ + +

